

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) ein Parteibuch im Nacken hat, der kann natürlich nicht geradeaus gucken. Und wer immer auf die Schuhspitzen schaut, dem fehlen die Perspektiven. Ich sage Herrn Bensmann als Jäger: Dem fehlt natürlich auch der nötige Weitblick. Deswegen überrascht es mich von daher nicht, daß Herr Kollege Klose erklärt hat, hier herrsche Aussichtslosigkeit. Es liegt offensichtlich nur daran, daß er nicht weit genug blickt.

(Zustimmung des Abg. Klütsch (SPD))

Mit dem Haushalt, den wir hier vorgelegt haben und der hier beraten worden ist, machen wir deutlich, daß gehandelt wird. Ich bin überzeugt, daß die Justiz im Interesse des rechtsuchenden Bürgers auch weiterhin ihre Aufgaben erfüllt. Ich möchte meine Ansprache mit einem herzlichen Dank an diejenigen schließen, die in der Justiz als Richter, Staatsanwälte, aber auch im Büro- und Schreibdienst tätig sind, und nicht zuletzt an diejenigen, die die sehr schwierige Arbeit im Vollzug verrichten.

Ich habe nach der Geiselnahme von Gladbeck vor dem Ausschuß erklärt: Die Öffentlichkeit hat den Eindruck, die Täter sitzen hinter Schloß und Riegel, und sie sitzen da hoffentlich gut und sicher. Aber ich sage auch: Diese Täter, gegen die ja bis jetzt nur ein Verdacht besteht und die jedenfalls nach dem Gesetz, obwohl sie des Mordes verdächtig sind, noch eine Unschuldsvermutung für sich haben, müssen jeden Tag versorgt und betreut werden von Beamten, die einen schwierigen Vollzugsdienst verrichten. Auch ihnen sage ich an dieser Stelle ein Wort des Dankes.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung und lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3804 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe!

(Zurufe von der CDU: Das ist die Mehrheit!)

- Nein, nein! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nunmehr auf:

(C)

Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die Ihnen mit der Drucksache 10/3809 vorliegt, und eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Heimes von der Fraktion der CDU.

Dr. Heimes (Essen) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen 1986 haben wir ausführlich über die Personalausstattung des Ministeriums für Bundesangelegenheiten diskutiert. Wir haben damals und auch 1987 - ich tue es auch heute zur Erinnerung wieder - darauf hingewiesen, daß ein hauptamtlicher Minister und eine hauptamtliche Staatssekretärin, Besoldungsgruppe B 10, schon eine außerordentliche Besetzung sind. Ich habe 1986 auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Personalausstattung und der damals interessanten Selbstdarstellung der Landesregierung und des Landeschefs in Bonn hingewiesen.

Nun hätten wir nichts gegen eine in der Sache richtige Darstellung unseres Landes in Bonn einzuwenden. Aber da hört man eigentlich wenig. Wenn Probleme zwischen dem Bund und Nordrhein-Westfalen entstehen, dann treten andere in Funktion. Von dem Minister für Angelegenheiten des Bundesrates hört man eigentlich nichts anderes als das Propagandaritual der Beschimpfung und Beschuldigung der Bundesregierung.

(D)

Inzwischen wirkt sich die Politik dieser Bundesregierung auch für unser Land Nordrhein-Westfalen vorteilhaft aus. Wo bleiben da die wirklichkeitsgerechten Aussagen des Ministeriums für Bundesangelegenheiten? Wie gut wäre es, wenn Herr Einert jetzt sagen könnte, er habe in den zurückliegenden Jahren durch Sachbeiträge zur Bundespolitik die Lage Nordrhein-Westfalens mit verbessern können und nicht nur die Rolle des schimpfenden Forderers gespielt.

(Unruhe)

Präsident Denzer: Herr Kollege, darf ich Sie kurz unterbrechen. Eben war eine himmlische Ruhe in diesem Saal. Im Interesse des Redners, dem Aufmerksamkeit gebührt, möchte ich Sie alle bitten, diese Ruhe beizubehalten. - Danke schön!

Dr. Heimes (Essen) (CDU): Sachpolitik, meine Damen und Herren, ist eben etwas anderes als die darstellerische Sicherung der eigenen Macht oder der Versuch dazu.

(Dr. Heimes (Essen) (CDU))

- (A) 1986 ging es insbesondere um einen Stelleninhaber, einen Ministerialdirigenten, der von allen Fraktionen zusätzlich zu der damals neu bestellten Staatssekretärin als in diesem Ministerium nicht benötigt angesehen wurde. Die Landesregierung erhielt denn auch den einstimmigen parlamentarischen Auftrag, so 1986, für den Stelleninhaber nach B 7, also den Ministerialdirigenten, eine andere Verwendung zu finden. Daraus ist nichts geworden. Wir sehen darin nach wie vor die Mißachtung eines parlamentarischen Auftrages.

Heute habe ich zu kritisieren, daß das auch im Ländervergleich personell überbesetzte Ministerium eine neue Regierungsratstelle bekommt, also noch eine Erweiterung seines Stellenplans. Angeblich sollen die Aufgaben für Europa das notwendig machen. Wir meinen, daß die Auslastung einer 1986 überflüssigen B-7-Stelle das Problem hätte lösen können. Eine zusätzliche Stelle ist nach unserer Meinung mit Sicherheit überflüssig. Im Hauptausschuß haben wir die Streichung der Planstellenerhöhung beantragt. Wir haben den Antrag hier im Plenum nicht wiederholt, weil die SPD-Fraktion sich nicht bereit gesehen hatte, mit uns darüber zu diskutieren. Aber wir möchten die Problematik dieses Ministeriums und seine Stellenbesetzung hier in Erinnerung bringen.

- (B) Meine Damen und Herren, ich muß jetzt den Herrn Ministerpräsidenten ansprechen, obwohl er aus von mir bejahten Gründen nicht hier ist. Ich hoffe, er wird das nachlesen, was ich jetzt sagen möchte, und darum werde ich ihn auch persönlich ansprechen.

Gestern haben wir hier im Zusammenhang mit der Frage der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Köln ein Wort des Ministerpräsidenten zum Konkordat gehört.

(Rohe (SPD): Wofür seid ihr denn?)

Ich will mich hier nicht abschließend zu der rechtlichen Rolle äußern, die der Ministerpräsident nach seinem Selbstverständnis in einer zur Zeit innerkirchlichen Debatte spielt.

(Rohe (SPD): Na, na, so christlich ist das auch nicht!)

Ich halte sie für rechtlich bestreitbar. Sie, Herr Ministerpräsident, haben die politische Unbedenklichkeit eines neuen Bischofs zu bestätigen oder auch nicht zu bestätigen. Sie sind nicht Hüter oder Richter innerkirchlicher Vorgänge.

(Minister Schleißer: Das sehen die Kölner aber ganz anders!)

- (C) Aber selbst wenn Ihre zur Zeit beanspruchte Rolle rechtlich unumstritten sein sollte, hielte ich Ihre Politik in der Sache für unangemessen.

(Zuruf von der SPD: Wo war das denn?)

Ich hörte hier eben den Zwischenruf "Das sehen die Kölner anders!". Da müssen Sie die heutigen Verlautbarungen lesen, wo Weihbischof Luthe in aller Klarheit festgestellt hat, daß er die Politik nicht zu Hilfe gerufen hat und es auch nicht tun wird.

Wem wollen Sie eigentlich, frage ich den Herrn Ministerpräsidenten, mit Ihren unklaren Andeutungen imponieren?

(Frau Friebe (SPD): Das ist doch nicht der Punkt!)

Die ständige Wiederholung von Drohgebärden rechtlicher und finanzieller Art sind keine gute Voraussetzung für ein wünschenswertes freundliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

(Trinius (SPD): Welche Drohgebärden hat es denn gestern gegeben?)

Was soll der in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, Sie hätten Druckmittel in der Hand, wie zum Beispiel die Verweigerung von Mitteln für katholische Privatschulen und für andere kirchliche Zwecke?

- (D) (Minister Matthiesen: Das hat er nie gesagt!)

Aber der Eindruck ist in der Öffentlichkeit entstanden, und er ist nicht dementiert.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Das wäre außerhalb Ihrer Zuständigkeit in der Sache und politisch skandalös, und es wäre im übrigen verfassungswidrig. Meine Damen und Herren, wenn Sie auch der Meinung sind, dann sind wir uns ja in dieser Forderung einig. Wenn Sie auf Einhaltung von Wort und Geist des Konkordates drängen wollen, sage ich dem Herrn Ministerpräsidenten, das ist für uns eine bare Selbstverständlichkeit. Dazu gehört aber ein anderer Ton.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Dr. Heimes (Essen) (CDU): Bitte, ja!)

- Bitte schön!

(A) Trinius (SPD): Herr Kollege, haben Sie die gestrige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten hier im Plenum nicht zur Kenntnis genommen, der ausdrücklich erklärt hat, daß das Konkordat beide Seiten bindet und daß es ihm darum geht, daß das Konkordat von beiden Seiten eingehalten wird, und es ihm auch darum geht, daß sich beide Seiten gebunden haben, in freundschaftlicher Weise oder im Einvernehmen diese unterschiedlichen Interpretationen zu klären?

Dr. Heimes (Essen) (CDU): Herr Kollege Trinius, ich habe gestern von dem Ministerpräsidenten gehört, daß er dementiert hat, er habe in die Priesterbesoldung eingreifen wollen. Das hat er hier dementiert. Die anderen in der Öffentlichkeit entstandenen Eindrücke hat er nicht dementiert.

(Kuschke (SPD): Die verstecken Sie doch bewußt!)

Und ich habe hier eben gesagt - und ich wiederhole es -, daß wir die Einhaltung des Konkordates für selbstverständlich halten. Wir glauben aber, daß dazu ein anderer Ton gehört, als er in der Öffentlichkeit gehandelt wird. Das wäre der Geist des Konkordates.

(Zurufe und Unruhe bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

(B) Wieweit Ihnen dabei das Bundesratsministerium, Herr Ministerpräsident, behilflich sein könnte, weiß ich nicht. Das Bundesratsministerium ist in Bonn, und der Päpstliche Nuntius hat auch dort seinen Sitz. Meine Vermutung geht dahin, daß dieses Kontaktministerium in Bonn mit diplomatischen Aufgaben dieser Kategorie ganz einfach überfordert ist. Und das ist keine Frage von zu wenigen oder zu vielen Planstellen.

Dem Herrn Ministerpräsidenten empfehle ich, ich rate ihm, seine eingenommene Rolle in dieser Sache ernsthaft zu überprüfen.

(Zurufe von der SPD: Peinlich! Peinlich!
- Das sehen Sie am Beifall der eigenen Fraktion!)

Präsident Denzer: Ich erteile das Wort Herrn Einert, dem Minister für Bundesangelegenheiten.

Einert, Minister für Bundesangelegenheiten: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1986 - auf diese Jahreszahl, Herr Kollege Heimes, haben Sie selbst hingewiesen - werden in bezug auf Stellenplan und Aufgabenstellung des Ministers für Bundesangelegenheiten immer die gleichen

Argumente vorgetragen. Ich habe bereits versucht, sie in den Hauptausschußberatungen und im letzten Jahr auch im Plenum klarzustellen. Es ist mir anscheinend nicht gelungen. (C)

Ich will nur noch, damit nicht der Eindruck, den Sie hervorzurufen versucht haben, unwidersprochen bleibt, drei kurze Anmerkungen dazu machen.

Erstens: Ihre Darstellung, meine Aufgabe würde sich überwiegend darauf beschränken, die Bundesrepublik zu beschimpfen, ist objektiv falsch.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in jeder Stellungnahme, die ich in Bonn abgebe, und in Gesprächen mit Bundestag, Bundesregierung, anderen Fraktionen, wenn Entscheidungen zum Wohle dieses Landes getroffen werden, dies stets auch anerkannt. Ich nehme mir allerdings auch das Recht heraus - und werde das auch in Zukunft tun -, dort, wo ich glaube, daß dieses Land durch andere Mehrheiten in Bonn ungerecht behandelt wird, das deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist meine Aufgabe, und dafür stehe ich. Das können Sie kritisieren. Aber die einseitige Darstellung, ich würde lediglich die Bundesrepublik beschimpfen, ist objektiv falsch. Ich weise das zurück. (D)

Zweitens, zur Klarstellung: Ihre Darstellung hier, es hätte eine einmütige Beschlußfassung des Hauptausschusses gegeben, was die B-7-Stelle angeht, ist so nicht richtig. Ich weise sie zurück. Ich habe lediglich - dazu stehe ich - im Hauptausschuß verbindlich erklärt: Wenn, wann auch immer, diese Stelle frei wird, wird die Landesregierung eine solche Besetzung oder Bewertung dieser Stelle nicht ohne vorherige Beratung und Beschlußfassung im Hauptausschuß vornehmen.

(Büssow (SPD): So ist es, genau so!)

Das ist eine eindeutige Erklärung, die ich für die Landesregierung abgegeben habe. Sie fühlt sich daran gebunden.

(Büssow (SPD): Sehr gut!)

Ich folge der Empfehlung des Hauptausschusses.

Dritte Bemerkung: Sie wiederholen monoton die Behauptung, die Stellenplanausweisung

(Minister Einert)

- (A) beim Minister für Bundesangelegenheiten in Bonn sei überproportional, gemessen an den Besetzungen der übrigen Landesvertretungen, vor allen Dingen, was die Flächenländer angeht. Ich habe Ihnen mehrfach im Hauptausschuß anhand der tatsächlichen Stellenpläne vorgelesen, wie die Besetzung in den anderen Landesvertretungen aussieht. Ich bedauere außerordentlich, daß Sie nicht fähig oder nicht willens sind nachzulesen, was an ganz nüchternen Zahlen dazu vorliegt.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nun doch noch einmal an dieser Stelle einige Flächenländer dazu nenne.

Baden-Württemberg: ein Staatssekretär, zwei Ministerialdirigenten, einen Leitenden Ministerialrat plus 11 Referenten.

(Büssow (SPD): Die wissen auch, warum!)

Bayern: ein Staatssekretär, ein Ministerialdirektor, ein Ministerialdirigent, ein Leitender Ministerialrat, 15 Referenten plus einer Abteilung in München!

(Hardt (CDU): Sie können doch gar nicht für das Land Nordrhein-Westfalen verhandeln; das machen doch die einzelnen Fachminister!)

- Was glauben Sie denn, wie das in anderen Ländern ist?

- (B) (Hardt (CDU): Die verhandeln echt!)

- Ach, das glauben Sie doch nur selbst!

Hessen: ein Staatssekretär, ein Ministerialdirigent, ein Leitender Ministerialrat.

(Hardt (CDU): Kein Vergleich!)

Niedersachsen: ein Staatssekretär, ein Ministerialdirigent, ein Leitender Ministerialrat.

(Hardt (CDU): Auch kein Vergleich!)

Nordrhein-Westfalen - nur um Ihnen auch die Zahlen zu sagen -: ein Staatssekretär, ein Ministerialdirigent, ein Leitender Ministerialrat.

Rheinland-Pfalz: ein Ministerialdirigent, zwei Leitende Ministerialräte.

Wie wollen Sie denn eigentlich noch ernsthaft vortragen, wir wären im Vergleich zu den übrigen Flächenländern erheblich überbesetzt?

Die Zahlen sprechen für sich selbst und geben Ihnen in dem Zusammenhang unrecht! (C)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eine abschließende Bemerkung machen. Ich kann nicht für den Ministerpräsidenten sprechen, aber ich erkläre Ihnen für die Landesregierung, daß ich Ihre Unterstellung zurückweisen muß, was die Auffassung und die Darstellung des Ministerpräsidenten in bezug auf die völkerrechtliche Beurteilung des Konkordats angeht. Nur um diese Frage ging es dem Ministerpräsidenten. Zitieren Sie also bitte nicht Kommentare von anderen Leuten über die Auffassung Dritter, sondern, wenn Sie meinen, Sie hätten Anlaß zu Kritik, zitieren Sie das, was der Ministerpräsident - das ist ja alles nachlesbar - mündlich und schriftlich dazu geäußert hat!

Ich glaube, das ist viel besser, als wenn Sie sich willkürlich einige Kommentare von Dritten dazu herauspicken. Das ist eine unseriöse Art und Weise. Ich weise das zurück.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich stelle fest, daß es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 09 nicht gibt. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3809 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Einzelplan 09 ist in zweiter Lesung mit den Stimmen der Regierungsfraktion angenommen. (D)

Ich rufe auf:

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 10/3813 die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor.

(Dr. Worms (CDU): Keine Bedenken!)

Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3813 zustimmen möchte, der möge sein Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Einzelplan 13 ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen.